

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 318. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zloty 4.—, wöchentlich Zloty 1.—; Ausland: monatlich Zloty 7.—, jährlich Zloty 84.—. Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Telephon 136-90. Postcheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Eine Mahnung zur Einigung.

Die am letzten Sonntag stattgefundenen Landtagswahlen in Hessen haben wieder die ganze Schwierigkeit der Lage, in der sich der Sozialismus im Deutschen Reich befindet, offenbar gemacht.

Die Nationalsozialisten haben einen gewaltigen Sieg errungen, haben ihre Stimmenzahl von 137 000 auf 300 000 erhöht. Aber die von den Hakenkreuzlern gewonnenen Stimmen stammen nicht aus dem Lager des Sozialismus. Im Gegenteil: die proletarischen Parteien haben insgesamt um 6000 Stimmen mehr bekommen als bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930, sie haben sich also trotz Krise, Wirtschaftnöte, reaktionärem Terror ehrenvoll behauptet. Was also die Hakenkreuzler gewonnen, das haben sie den bürgerlichen Parteien entzogen: der Deutschen Volkspartei, die sie dezimiert, der Staatspartei, die sie in Hessen geradezu zertrümmert, der Partei des Hessischen Landvolkes, der sie fast zwei Drittel ihrer Stimmen abgejagt haben, und alle Stimmen der Wirtschaftspartei, die überhaupt nicht kandidiert hat. Die Wahlen am Sonntag haben in Hessen nur noch einmal bestätigt, was sich in allen Teilen Deutschlands vollzogen hat: die Verschlebung der Kräfte innerhalb der bürgerlichen Parteien: die bürgerlichen Wähler strömen aus ihren historischen Parteien in das Lager der faschistischen Konterrevolution. Den Hakenkreuzlerischen Aufstieg bezahlen die bürgerlichen Parteien, und nur sie allein, mit dem Verlust ihrer Wählermassen. Bei diesem Vorgang macht nur die katholische Zentrumspartei eine Ausnahme, die sich bei dieser Wahl, ebenso wie bei den früheren, behauptet hat. Die faschistische Flut hat von den proletarischen Parteien nichts abgerissen.

Aber während sich das Bürgertum immer stärker in seinem konterrevolutionärsten, entschieden faschistischen, in seinem gewalttätigsten Flügel, eben in der Hakenkreuzlerischen Partei, konzentriert, spaltet sich die Arbeiterfront immer mehr. Im hessischen Wahlkampf sind gleich vier sozialistische Arbeiterparteien in den Wahlkampf gezogen: neben den Sozialdemokraten und den Kommunisten die neugegründete sozialdemokratische Oppositionspartei der Seydewitz und Rosenfeld und überdies eine kommunistische Opposition. Die vier sozialistischen Parteien haben sogar ein wenig mehr Stimmen als die Hakenkreuzler auf sich vereinigt: 305 000 gegen 300 000. Aber während sich das ganze Gewicht der Hakenkreuzlerischen Stimmen ungeteilt machtpolitisch auswirkt, zersplittert sich die sozialistische Kraft in vier einander gehässig bekämpfenden Gruppen. Die zwei Splitterparteien, denen eine selbständige Bedeutung nicht zukommt, schwächen lediglich die großen Parteien und bewiesen die Sinnlosigkeit der Spalterei angesichts der Sammlung, die unter dem Zeichen des Hakenkreuzes vor sich geht. Ohne die Zersplitterung im Arbeiterlager, der antifaschistischen Front, gäbe es keine faschistische Gefahr.

Die reichsdeutsche Arbeiterklasse steht in des Wortes fürchtbarster Bedeutung vor einem Kampfe um Leben und Tod. Kommt der Faschismus in Deutschland zur Macht, dann wird er die politische Freiheit der Arbeiter zertrümmern, wird ihre Gewerkschaften vernichten, das Tarifrecht zerbrechen, die sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution zerstören, wird die Arbeiter geknebelt, an Händen und Füßen gefesselt, dem profitgierigem Kapital unterwerfen. Was sich die deutsche Arbeiterklasse in den heroischen Kämpfen zweier Menschenalter errungen hat, ist vom Faschismus bedroht. Entsetzliche Tragik in höchster Not: in dieser Stunde der Todesgefahr für Freiheit und Existenz der Arbeiterklasse spaltet sie sich in brudermörderischem Kampfe, statt sich um so fester zusammenzuschließen! Drüben, jenseits der Barrikade, vereinigen sich die konterrevolutionären Kräfte, rüsten zum Sturm. Aber während die faschistischen Heerhaufen heranrücken, zerfleischt sich das proletarische Lager im Streit um die richtige Taktik, um die Methode des sozialistischen Kampfes, um die Gestaltung des sozialistischen Zieles. Es geht um das nackte Leben der Arbeiter, um ihre politische und soziale Existenz, die eine übermächtige, bis an die Zähne gerüstete, verworgene, blutgierige Konterrevolution unmittelbar bedroht.

Auf der Suche nach einem Ausweg.

Die Budgetgruppe des Regierungsblocks berät.

Gestern fand eine Sitzung der sogenannten Budgetgruppe des BB.-Klubs im Sejm statt. Diese Budgetgruppe bilden die 17 Abgeordneten des Regierungsblocks, die der Budgetkommission des Sejm angehören. Es ist dies eine ganz neue Instanz des Sanacja-Sejm, die scheinbar von der Sanacja dazu geschaffen wurde, um die Opposition ganz von der Einflussnahme auf die Gestaltung des Budgets auszuschalten.

In der Konferenz wurde neben der Besprechung des Budgets auch über Fragen beraten, betreffend das Wirtschaftsleben des Landes und die Steuerzahlkraft der Bevölkerung. Als besonders wichtige Frage wurde die Verdrängerung der Staatsverwaltung betrachtet. Die Anwesenden wiesen auf verschiedene Mittel hin, die ihrer Meinung nach das Land aus der furchtbaren Misere heraushelfen könnten. Der Abg. Wagner z. B. sah das beste Mittel hierzu in der Erhöhung der Steuern, während der Abg. Hüten-Gzapki sich gegen die Verziehung der rückständigen Steuern, als auch gegen die Verzinsung der rückständigen Steuern, äußerte. Die Entrichtung rückständiger Steuern müsste auf 5 Jahre zerlegt werden.

Im Ergebnis der Aussprache wurde von der „Budgetgruppe“ ein Arbeitsplan für die einzelnen Budgetressorts ausgearbeitet, dessen Hauptthesen sind: die Budgetwirtschaft in den Monopolen und staatlichen Unternehmungen sowie die rechtlichen Grundlagen für deren Einnahmen und Ausgaben sollen geprüft werden; es soll auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, die staatlichen und kommunalen Steuern der Zahlungsfähigkeit der Steuerzahler anzupassen.

Nach dieser Sitzung hielten die Mitglieder der Budgetgruppe mit dem Finanzminister eine Konferenz ab.

Zu diesen Beschlüssen bzw. Wünschen der „Budgetgruppe“ ist zu sagen, daß sie reichlich spät kommen und daß die Herren mit dem Sparen am verkehrten Ende beginnen. Wo viel gespart werden kann, das ist das Budget des Kriegsministeriums. Möchten die Herren, die doch im Sejm die Mehrheit haben, hier ernst zupacken wollen, sie würden ihre Sorgen bald los sein, ohne jemand Schaden zuzufügen. Aber, aber! Pilsudski gestattet es doch nicht. . . .

Französische Sozialisten fordern Abrüstung und Friedenspolitik.

Zwei sozialistische Interpellationen in der französischen Kammer.

Paris, 19. November. Der zweite Tag der Interpellationsdebatte über die Außenpolitik begegnete der gleichen Interessenlosigkeit wie der erste. Kaum ein Drittel der Abgeordneten ist anwesend, und während Laval und Flandin der Sitzung beiwohnen, fehlt Briand.

Erster Interpellant ist der zur sozialistischen Partei übergetretene bisherige Sozialrepublikaner Planche. Er beschäftigt sich mit dem Problem der Abrüstung. Er erwähnte eingangs die Reisen des Ministerpräsidenten nach Berlin und nach Washington und kam schließlich auf die Notwendigkeit der Abrüstung zu sprechen, wie sie sich aus dem Versailler Vertrag ergibt. Nicht nur der Versailler Vertrag sei nach dieser Richtung formell, sondern auch Clemenceau habe eine formelle Verpflichtung übernommen, denn auch er habe die Abrüstung Deutschlands als den ersten Schritt auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung bezeichnet. Wenn man diese Verpflichtung nicht einhalte, würde Deutschland berechtigt sein, die Wiederaufrüstung zu verlangen. (Die Rechte protestiert, die Linke klatscht Beifall.) Angesichts der Regierung, die gegen die Abrüstung arbeite, namentlich in der Person des Kriegsministers Maginot, müsse eine pazifistische Politik in Frankreich auf das stärkste unterstützt werden.

Zweiter Interpellant ist der Abg. Hennessy, der sich hauptsächlich mit der Lage in Sowjetrußland beschäftigt und vor den starken Rüstungen Rußlands warnt. Die Rote Armee sei die bestorganisierte.

Im Verlaufe der Interpellationsdebatte über die Außenpolitik beschäftigte sich der Abg. Brunet (Sozialist) mit der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und erklärte: Man müsse eine internationale Wirtschaft zusammenbringen; die Regierung müsse in diesem Sinne die Initiative ergreifen. Er spricht dann von der Notwendigkeit der finanziellen Zusammenarbeit der Staaten.

Die französische Regierung lege von der Hand in den Mund und überlasse es der Zeit, vorübergehende Lösungen zu finden. Diese Haltung könne nicht andauern, angesichts des Ernstes der Lage. Man müsse handeln! Bis zum Februar müsse eine Lösung für die kurzfristigen Kredite in Deutschland gefunden werden. Er billige nicht die deutsche These, aber er müsse doch sagen, daß es notwendig sei, daß Frankreich sich nicht überraschen lasse und daß es nicht zulassen dürfe, daß Deutschland zusammenschränke. Hier erhebt sich der blinde Abg. Scapini und erklärt, es dürfe doch unmöglich zugelassen werden, daß die privaten und die politischen Schulden miteinander vermengt werden. Der Abg. Brunet erklärt dann, man müsse mit Deutschland zusammenarbeiten und tritt für eine energische Friedenspolitik durch Organisierung der Solidarität der Völker etc. Nach seiner Rede findet eine Sitzungspause statt.

Nieflige Lebensmittelsteigerungen in Rußland.

Es wird aus Moskau über Kowno gemeldet:

In allen Städten der Sowjetunion wurden unter Leitung der OGPU sämtliche Lager der staatlichen russischen Handelsorganisationen durchsucht und dabei große Mengen von Lebensmitteln gefunden, die in den amtlichen Verzeichnissen nicht aufgeführt waren. In einem Geheimversteck in Leningrad wurden für rund 6 Millionen Rubel Lebensmittel gefunden. In Moskau, Charkow und Tiflis wurden Lebensmittel und andere Waren im Betrage von 8 bis 10 Millionen Rubel gefunden. Gegen 200 Beamte wurden verhaftet, angeblich unter der Beschuldigung, diese Lebensmittel und Waren beiseite gebracht zu haben. Sie werden durch das Kollegium der OGPU abgeurteilt werden.

Indessen bekämpfen sich die Arbeiter untereinander um die Frage, ob die Demokratie noch wert sei, verteidigt zu werden. Die Konterrevolution lauert auf den Sprung, die faschistische Diktatur aufzurichten. Indessen zerhadern sich haßerfüllt die Arbeiter über die Frage, ob nicht die Sowjetdiktatur in Deutschland das erstrebenswertere Ziel sei.

An dem Bruderkampfe der Arbeiterklasse ist die deutsche

Revolution von 1918 gescheitert. In dem Bruderkampfe unserer Tage droht das bisherige Freiheits-, Demokratie- und soziale Rechte, die sich das Proletariat aus der Revolution noch gerettet hat, unterzugehen. Die in der letzten Zeit in Deutschland stattgefundenen Wahlen sind eine dringende Mahnung zur Sammlung der Kräfte für die Abwehr der faschistischen Gefahr.

Der Streit der Warschauer Straßenbahner

Ein Ultimatum der Direktion an die Streikenden.

Der am Dienstag ausgebrochene Streit der Warschauer Straßenbahner und Autobusunternehmer ist noch nicht beigelegt und droht auch auf andere städtische Unternehmen überzugreifen. Für heute ist ein Streit in den städtischen Wasserleitungswerken und in anderen städtischen Unternehmen vorgesehen. Im Zusammenhang damit wurden die Werke der Wasserleitung gestern Abend durch Militär besetzt.

Gestern sind einige Wagen der Straßenbahn, die von Streikbrechern geführt wurden, ausgefahren, und zwar 60 auf die Gesamtzahl von 250 Wagen. Die Führung der Streikaktion liegt in den Händen der P.S. Die Streikbrecher rekrutieren sich aus Anhängern der Rev. Fraktion, der Chabecja und M.B. Der Autobusverkehr wurde gestern fast normal aufgenommen.

Gestern Abend hat die Direktion der Warschauer Straßenbahnen eine Mitteilung veröffentlicht, worin die Streikenden aufgefordert werden, bis heute Mittag die Arbeit aufzunehmen, widrigenfalls alle diejenigen, die nicht zur Arbeit erscheinen, unverzüglich entlassen werden.

Saniererzeitungen gehen ein.

Vor einigen Tagen stellte in Bialystok der „Glosziemi bialostockiej“, den der Abgeordnete der Regierungspartei Malewiski redigierte, sein Erscheinen ein. Die Zeitung war ein Wajewodschaftsblatt.

In Inowracław (Hohenalza) ist die Sanierer-Zeitung „Kurjer Kujawski“ eingestellt worden.

Die Ersatzwahlen in Brzesz.

Am kommenden Sonntag finden infolge Ungültigkeitserklärung der Sejmwahlen vom Jahre 1930 durch das Oberste Gericht im Wahlbezirk Brzesz (Ogalizien) Ersatzwahlen statt. Auf der Liste des „Centrolew“ steht an zweiter Stelle der Abg. Lieberman, der aber seinerzeit in diesem Bezirke kein Mandat erhielt und in den Sejm als Kandidat der Staatsliste einzog.

Vor der Erhöhung der Gerichtsgebühren

Wie wir erfahren, bereitet das Justizministerium eine Novelle zum Gesetz über Gerichtsgebühren vor, die eine Erhöhung der Gebühren vorsehen wird. Die Erhöhung der Gerichtsgebühren soll einerseits die Einnahmen im Gerichtswesen vergrößern und andererseits die Verminderung der Zahl der kleinen Gerichtssagen, die im Gericht eingebracht werden, herbeiführen, was die Gerichte von der Ueberlastung befreien soll.

Indien kämpft gegen England.

London, 19. November. In einer öffentlichen Versammlung in Kalkutta erklärte der indische Unabhängigkeitsführer Pandit Nehru, Indiens Unabhängigkeit könne nur durch einen neuen Kampf erreicht werden, der bald beginnen müsse. Der gegenwärtige Waffenstillstand sei unerträglich. Wenn notwendig müsse ein neuer Feldzug des passiven Widerstandes eröffnet werden, ohne Gandhis Rückkehr abzuwarten.

Regelung der deutschen Schulden.

Einberufung des Völkerbunds-Ausschusses. — Die Frage der Gleichstellung der Reparationsschulden und der kurzfristigen Kredite.

Paris, 19. November. Die deutsch-französischen Verhandlungen über die Einberufung und die Vollmacht des Sachverständigenausschusses der Völkerbund für internationalen Zahlungsausgleich stehen vor dem Abschluss. Der Entwurf des deutschen Antrages auf Einberufung des Sachverständigenausschusses, der seit 14 Tagen der französischen Regierung zur Kenntnis gebracht worden sei und über dessen endgültige Abfassung sich die Verhandlungen zwischen dem Botschafter von Hoevel und den französischen Kabinettsmitgliedern bezogen, ist am Mittwoch mit einer kleinen Aenderung der Botschaft zurückgeschickt worden, die die Reichsregierung davon unterrichtet hat. Es ist anzunehmen, daß nach heute eine Einigung über diesen Vorschlag erfolgt, so daß dann der Einberufungsantrag der Reichsregierung an die V.B.Z. abgesandt werden kann.

Nach dem „Echo de Paris“ soll ein französischer Vorschlag bestehen, daß die kurzfristigen Kredite keine Regierungssache seien und daher von einem Sonderausschuß behandelt werden müßten, der von den Gläubigern und dem Schuldner eingezogen werde.

Dagegen wendet sich der Londoner „Financial News“ scharf gegen die vom „Temps“ und anderen französischen Zeitungen vorgebrachten Beweisgründe für die französische Forderung, daß die Kriegsschulden den Vorrang vor den kurzfristigen und jetzt stillgelegten Krediten haben müßten. England müsse darauf bestehen, daß die deutsche Schuldfrage in ihrer Gesamtheit behandelt werde. Die Lösung dürfe sich nicht nur auf die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands erstrecken, sondern müsse alle Länder umfassen.

Der englische Wirtschaftspolitiker Layton kritisiert den neuen Zeitverlust, der durch die langen diplomatischen Verhandlungen entsteht. Wichtiger als alle politischen Pro-

Japan gegen Völkerbundsentscheidung

und für Entsendung einer Untersuchungskommission durch den Rat.

Tokio, 19. November. Einer Mitteilung des japanischen Außenministeriums zufolge, werden die japanischen Vertreter Youshijawa und Matsudaira dem Völkerbundsrat den neuen Vorschlag machen, die jetzigen Pariser Verhandlungen zu verlagern und eine Entscheidung aufzuschieben, bis der Völkerbundsrat die Streitfrage durch Entsendung einer eigenen Kommission nach der Mandchurei und nach China untersucht hat.

Briand verhandelt mit den Vertretern Japans und Chinas.

Japan will ohne Annahme seiner Bedingungen durch China nicht räumen.

Paris, 19. November. Außenminister Briand hatte heute nachmittag Unterredungen mit dem japanischen Botschafter in London, Matsudaira, dem japanischen Botschafter in Paris, Youshijawa, und dem chinesischen Völkerbundsdelegierten Dr. Sze. Er prüfte mit ihnen die Möglichkeiten einer Annäherung zwischen Japan und China. Die anfänglich für morgen vormittag in Aussicht genommene Sitzung des Völkerbundsrates ist auf nachmittag 16 Uhr verschoben worden.

Im übrigen hat der japanische Botschafter in Paris, Youshijawa, heute Abend Außenminister Briand eine schriftliche Antwort auf die gestern an ihn gestellten Fragen erteilt. Es verlautet, daß Japan darin erklärt, daß es die Mandchurei nicht räumen werde, bevor ein neuer zwischen China und Japan direkt zur Verhandlung gelangender Vertrag unterzeichnet sein werde, der die bestehenden Verträge einschließt und von der japanischen Delegation für sich aufgeführten Punkte bestätigt. Die japanische Regierung könne sich keinesfalls mit den Erklärungen zufriedengeben, die der chinesische Delegierte Dr. Sze am 14. November über die Achtung der Verträge durch China abgegeben habe, denn diese Erklärungen böten für Japan keine Garantie.

Die Havas-Agentur glaubt, daß der Völkerbundsrat morgen an die Frage herangehen müsse, ob Artikel 15 herangezogen werden müsse, auf den sich die chinesische Delegation berufen habe. Wenn dieser Artikel herangezogen werde, dann sei der Weg für ein Verfahren erschlossen, das nicht mehr die Einstimmigkeit der Beschlüsse verlange, da die Zustimmung der Parteien für die Beschlussfassung nicht mehr notwendig sei. Wenn die Unterredungen, die Briand heute mit den interessierten Parteien hatte, nicht neue Verständigungsmöglichkeiten erschließen, dürfte sich der Völkerbundsrat morgen in einer Sackgasse befinden.

Die Autorität des Völkerbundes auf dem Spiele.

China macht den Völkerbund für den Ausgang des Mandchureikonflikts verantwortlich.

Paris, 19. November. Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht einen Brief des chinesischen Delegierten Dr. Sze, der betont, wenn der Rat versage, werde die

chinesische Regierung gezwungen sein, die Verantwortung auf die Großmächte abzuwälzen, die nicht die geringste Geheiß unternehmen wollen, um das Völkerbundsstatut zu verteidigen, das zu achten sie sich feierlich verpflichtet haben. Es handele sich in gleicher Weise um eine Frage auf Leben oder Tod für den Völkerbund und für die Abrüstungskonferenz.

Sitzung folgt auf Sitzung.

Wie der Völkerbundsrat an der Beilegung des Konflikts im Fernen Osten arbeitet.

Paris, 19. November. Die Völkerbundsratsmitglieder hielten heute in Abwesenheit der Delegierten der beiden Parteien eine geschlossene Sitzung ab. Nachmittags findet eine weitere nichtöffentliche Sitzung statt, und man hofft, morgen nachmittag eine öffentliche Sitzung abhalten zu können.

Die Schlacht bei Tschifang.

Tokio, 19. November. Die Japaner haben die Schlacht bei Tschifang mit 5000 Mann aller Waffengattungen gegen eine fünffache Uebermacht gewonnen. Die japanischen Militärführer haben erklärt, daß sie in keiner Weise die russischen Interessen beeinträchtigen werden. Das japanische Kriegsministerium veröffentlicht eine Bekanntmachung, in der es heißt, daß die Japaner nicht beabsichtigen, die chinesische Südbahn zu besetzen, solange General Mas Truppen die Linie nicht benutzen würden. Die Japaner würden sich südwärts nach Taonan und Tschangtschun zurückziehen, sobald die Chinesen vollkommen geschlagen seien.

London, 19. November. Nachrichten aus Tokio zufolge, belaufen sich die Gesamtverluste der Chinesen bei den Kämpfen am Mittwoch auf 300 Tote und über 3000 Verwundete, während die Japaner nur 300 Tote und Verwundete zu verzeichnen haben sollen. Nach der Besetzung Tschifangs erließen die Japaner einen Aufruf, in dem den chinesischen Bewohnern voller Schutz für ihr Leben und Eigentum zugesichert wird. Es wird noch bekannt, daß das Gesetzt am Mittwoch bei 15 Grad Kälte stattfand und die Japaner teilweise auf Skiern vorrückten. General Tschangtschun soll Verstärkungen heranziehen. Nach japanischen Meldungen beabsichtige er die Taonan-Eisenbahn zu zerstören, um die japanische Armee abzuschnitten.

Peking, 19. November. Die Schlacht um Tschifang geht weiter. General Matschangschun leitet die Operationen von seinem neuen 50 Kilometer nördlich der Stadt liegenden Hauptquartier aus.

Tschiangkai-scheit nach der Mandchurei abgereist.

London, 19. November. In Nanjing ist amtlich bekanntgegeben worden, daß Marschall Tschiangkai-scheit nach dem bedrohten Norden reisen werde. An diese amtliche chinesische Nachricht wird die Vermutung geknüpft, daß Tschiangkai-scheit militärische Vorbereitungen gegen Japan treffen wolle. Marschall Tschiangkai-scheit soll auch beabsichtigen, ein persönliches Opfer zu bringen, um die Nanjing Centralregierung wieder mit der Sübregierung in Kantow zu versöhnen und die Einheit Chinas herzustellen. Tschiangkai-scheit soll beabsichtigen, vom Amt des Staatspräsidenten zurückzutreten und nur das Oberkommando der Armee zu behalten. Diese Forderung hatte die Sübregierung gestellt und bisher war die Centralregierung in Nanjing nicht darauf eingegangen. Die Japaner haben ihren Vormarsch in der Nordmandchurei weiter fortgesetzt.

Japan und Rußland.

London, 19. November. Die japanische Regierung veröffentlicht jetzt eine Note, die die Antwort auf die letzten Mitteilungen des russischen Außenministers zum mandchureischen Konflikt darstellt. In der russischen Note war erklärt worden, daß die russische Regierung sich nicht in den mandchureischen Konflikt einmischen werde. Außerdem hatte die russische Note scharfe Stellung gegen die von japanischer Seite verbreiteten Gerüchte von einer russischen Hilfe für chinesische Generale genommen. Japan schlägt nun in seiner Antwortnote vor, daß Rußland noch einmal die eindeutige Erklärung über seine Stellungnahme zum chinesischn-japanischen Konflikt abgeben soll. In dieser Erklärung soll die russische Regierung auch die Versicherung abgeben, daß Rußland die chinesischen Truppen, die gegen Japan kämpfen, nicht mit Munition versorge.

Nicht alle Leser der „Lodzer Volkszeitung“ sind bisher ihrer Pflicht, neue Abonnenten für ihr Blatt zu werben, nachgekommen.

Hast Du, lieber Leser, Deine Pflicht schon getan, hast Du schon

im Monat November

einen neuen Abonnenten gewonnen? Wenn nicht, dann muß dies sofort erfolgen. Die Allgemeinheit der Leser verlangt es, da nur, wenn alle Leser ihre Pflicht erfüllen, der Ausbau der Zeitung ermöglicht wird.

Deutschland beantragt die Einberufung des beratenden Ausschusses der V.B.Z.

Berlin, 19. November. Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat beschlossen, nunmehr den Antrag auf Einberufung des im neuen Plan des Haager Abkommens vorgesehenen beratenden Sonderausschusses zu stellen. Der Antrag wird im Laufe des Freitag der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel und den Regierungen der Gläubigerländer in Form eines Memorandums übergeben werden, das die Ursache und den Zweck des Antrages darlegt.

Der Wortlaut des Memorandums wird veröffentlicht werden, sobald es der Bank in Basel und den Gläubigerregierungen übergeben ist.

Wie weiter mitgeteilt wird, hat der Ausschuh der deutschen Schuldner sich gleichzeitig an die an dem Stillhalteabkommen beteiligten Ausländer der alliierten Gläubiger gewandt und im Hinblick auf den Ablauf des Stillhalteabkommens am 29. Februar 1932 den Beginn allbaldiger Verhandlungen über eine Neuregelung vorgeschlagen.

Englands Regierung für Gleichberechtigung der Kredite.

Paris, 19. November. Der englische Außenminister Simon hatte am Mittwoch mit dem französischen Finanzminister Flandin eine Unterredung. Nach dem „Express“ erklärte Simon dabei, daß die englische Regierung die privaten und die politischen Schulden Deutschlands als unbedingt gleichberechtigt ansehe.

